

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions-Adressen: Redaktion: Postfach 2447, Leipzig 1, Leipzig, 1. 1. 1. 1.

Abonnement-Adressen: Adressenliste der Abonnenten, Leipzig, 1. 1. 1. 1.

Verleger: Verlag J. Neumann, Neudamm, 1. 1. 1. 1.

Kampf um die österreichische Anleihe

Die Pariser Kammer genehmigt die Garantie

Paris, 29. Dezember. Die heutige Kammer Sitzung, auf deren Tagesordnung der österreichische Anleiheplan steht, für den die französische Staat einen Betrag von 100 Millionen Schilling garantieren soll, begann mit einem Angriff des Abgeordneten Louis Marin, der die Verlegung der Angelegenheit an die Kommission für den Anleiheplan antrug, die von der französischen Presse in den letzten Tagen angeführt worden waren: Frankreichs Finanzlage sei mehr als schlecht, und nachdem man die Amerikaner nicht bezahlt habe, könne man unmöglich an die Österreicher Geld geben.

Der Generalberichterstatter Lamoureux, der offiziell befehligt worden war, da kein anderes Mitglied des Finanzkomitees sich zur Übernahme des Berichtes bereit finden wollte, wies darauf hin, daß das Protokoll vom 13. Juli ausdrücklich an die Verpflichtung des Protokolls von 1922 erinnere, nach dem Österreich versprochen, seine Unabhängigkeit nicht zu verändern und von jeder wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlung abzufehen, die die Unabhängigkeit gefährden könnte.

Nach Lamoureux beschworerte im Namen des Auswärtigen Ausschusses der Abg. Bligny die Anleihe, die nicht als Verküpfung der bisher von Frankreich in Mitteleuropa betriebenen Politik der Finanzierung der militärischen Ausgaben aus dem Wege der Organisierung Europas fortzuführen. Nachdem man die Zahlung an Amerika verweigert habe, würde die Weigerung, die in Versailles Österreich gewährten Garantien einzuhalten, einem Verstoß auf die Politik der internationalen Solidarität und

einer absichtlichen Zurückziehung Frankreichs auf sich selbst gleichkommen. (Wohlfahrt Volkst. links.)

In der allgemeinen Aussprache beströmte der Kommissar Vert die Vorlage, weil das Protokoll die Freiheit Österreichs beschränke. Nicht weniger scharf wandte sich der ehemalige Finanzminister Briand gegen die Vorlage. Er verwahrte sich gegen die mögliche Schließung der Vorlage, da er seine Freunde damit irgendeine Feindschaft gegenüber Österreich, keine Regierung oder seine Politik ändern wollten. Er sprach von der „deutschen Karte“, die Bundeskanzler Brügel mit seinem Jubiläumsgeld zum Schaden Österreichs ausgelegt habe. Heute gelte es, nicht nur die österreichischen Finanzen zu sanieren, sondern auch Frankreich wieder Geld geben, um eine ausländische Bank zu sanieren. Es sei auch falsch, zu behaupten, daß die Anleihe die Friedensgarantie auf 20 Jahre verlängere, denn

Österreich habe das Recht, sich von seinen Verpflichtungen in zehn Jahren zu befreien.

Ueberdies sei zu befürchten, daß die österreichische Regierung immer noch nicht die Forderung mit Deutschland aufgegeben habe.

Am Anluß an die Auswärtigen Angelegenheiten wurde die Sitzung der französischen Kammer unterbrochen. — Am Mittelpunkt der Nachmittags-Sitzung stand

eine Rede Herriols.

Der frühere Ministerpräsident erinnerte daran, daß er noch während der Wahlpropaganda die französische Anleihepolitik kritisiert habe, wies aber darauf hin, daß die österreichische

Anleihe mit jenen früheren Anleihen, die Frankreich gewährt habe, nichts gemein habe. Österreich habe zwei Möglichkeiten, aus der schweren Lage herauszukommen: den Anschluß oder den Völkerverbund. Herriot schilderte

die „Gefahren“ des Anschlusses

mit herben Worten und zeigte sich für den zweiten Weg ein. Die Verantwortung der französischen Kammer sei besonders groß, weil durch die Verweigerung der Garantie die gesamte Anleihe zusammenbrechen würde. Herriot wies dann abfällig Bemerkungen über Dollfuß zurück, der ebensolch ein in Versailles gegebenes Wort gehalten habe. Die Anleihe sei der erste Schritt dieser umfassenden internationalen Aktion. Sie betreffe also nicht nur Österreich, sondern auch den Völkerverbund, Österreichs Existenz und seine Kultur stehen auf dem Spiele.

Die Rede Herriols, die über eine Stunde gedauert hatte, wurde mit lebhaftem Beifall von der gesamten Kammer einschließlich der Nationalisten aufgenommen.

Zobann beschloß

Ministerpräsident Paul-Boncour

die Tribüne und forderte nachdrücklich die Gewährung der Anleihegarantie an Österreich, die ihrer Natur nach nicht mit den früheren Anleihen Frankreichs zu tun habe, weil mit den früheren Anleihen Frankreichs nicht bloß die Garantie der Anleihe, sondern auch die Kontrolle des Völkerverbundes stehe. Das Protokoll von Versailles sei eine Folge des Protokolls von 1922 und des Friedensvertrages von St. Germain. Paul-Boncour unterstrich

die Bedeutung des Protokolls von 1922

und erklärte, daß im Falle die Frage der Forderung durch den Protokoll und nicht durch den Friedensvertrag von St. Germain beantwortet werden sei. Alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung Mitteleuropas würden in Frage gestellt sein, wenn die Anleihe abgelehnt würde, und man wisse, daß die Forderung zu allerhand kriegerischen Verbindungen führen könne.

Da es sich um einen Grundstein der gesamten französischen Außenpolitik handele, gebe er sich gerührt, die Vertrauensfrage zu stellen und damit das Schicksal seiner Regierung in die Waagschale zu werfen.

In den späteren Abendstunden wurde der Gesetzesvorstoß der Regierung über die Garantie für die österreichische Anleihe mit 337 gegen 188 Stimmen angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Marin, den Anschluß auf das in Frankreich übliche Maß herabzusetzen, wurde vorher mit 187 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Entscheidung nunmehr dem Senat überlassen worden.

Das Haushaltswörterbuch im Senat angenommen

Paris, 29. Dez. Im französischen Senat wurde das vorläufige Haushaltswörterbuch mit 212 gegen 6 Stimmen angenommen, ohne daß Finanzminister Charbon die Vertrauensfrage zu stellen brauchte.

Südafrika hat den Goldstandard verlassen

London, 29. Dez. Nach einer Meldung aus Johannesburg wurde dort amtlich erklärt, daß Südafrika den Goldstandard verlassen hat.

Kaplan Gilles über die Grenze abgeschoben

Eine neue Herausforderung Belgiens

Brüssel, 29. Dez. Der dem reichsdienstlichen Kaplan Gilles aus Eupen ausgestellte Ausweisungsbefehl aus Belgien war bis Freitagabend 12 Uhr befristet worden. Für den Donnerstagabend hatten sich der Gesandte von Eupen und der Generalkonsul von Eupen, dessen Präses der Ausgewiesene war, eine Ehreung des schiedenden Kaplans an. Gegen 11,15 Uhr am Donnerstag erschienen jedoch in der Wohnung des Ausgewiesenen zwei belgische Gendarmen in Zivil, die ihn aufforderten, ihnen zu folgen. Kaum eine Viertelstunde Zeit hatte der Kaplan, um seine notwendigen Sachen zu packen.

Gegen 11,15 Uhr am Donnerstag erschienen jedoch in der Wohnung des Ausgewiesenen zwei belgische Gendarmen in Zivil, die ihn aufforderten, ihnen zu folgen. Kaum eine Viertelstunde Zeit hatte der Kaplan, um seine notwendigen Sachen zu packen.

Zunächst begleiteten die beiden Gendarmen ihn zum Bahnhof, wo ihm seine Papiere ausgereicht und die Ausweisungsbefehle überreicht wurden, darunter auch der Ausweisungsbefehl, dessen ursprüngliches Datum, 20. Dezember, in 20. Dezember geändert worden war. Er wurde dann in Begleitung der beiden Gendarmen in einem Auto an die deutsche Grenze gebracht, wo er abgesetzt wurde. Von hier ging er nach der Station nach Eupen, wo er von der dortigen Polizei in Empfang genommen wurde, um ihn am Freitag dem Bischof von Eupen zur Verfügung zu stellen.

Offenbar wollte die belgische Behörde mit der plötzlichen Ausweisung verhindern, daß — wie mit Sicherheit

Was wird aus Polen?

Mit auffallendem Eifer wird seit einigen Tagen von Paris aus die Frage der deutschen Grenzen mit den schwedenden Gleichberechtigungs- und Abrüstungsfragen in Verbindung gebracht, ohne daß die deutsche Politik zu einer solchen Erörterung Anlaß gegeben hätte. In gleicher Zeit rückt Warschau zu einem neuen Verfolgungsfeldzug gegen alles, was deutsch ist, in seinem eigenen Machtbereich und zu einer diplomatischen Offensiv überal dort, wo in Mittel- und Osteuropa deutschfeindliche Tendenzen einen Anknüpfungspunkt bieten. Das ganze Vorhaben macht aber mehr den Eindruck der Nervosität, als den der Ueberlegenheit. Die französische Politik verrät mit den Verinshollons, die sie an der Weichsel hochgehoben läßt, die Weltanschauung, daß Deutschland nach einer befriedigenden Regelung der Wehrverfassung programmatisch die territorialen Bestimmungen des Versailles Traites ausrollen werde, von deren Unhaltbarkeit die Mundfunkübergebung von Kurtzebrat am Mittwoch einen erschütternden Beweis geliefert hat. Die polnische Politik dagegen ist durch die letzten Ereignisse aus ihren traditionellen Bahnen geworfen worden und in eine Welle der Unsicherheit geraten, in der sie einermachen rat- und richtungslos nach einem festen Halt für die Zukunft sucht.

Zwei politische Wendungen, die sehr gegen ihren Willen eingetreten sind, haben es den polnischen Staatsrenten vor allem angetan: die französische Faltipolitik mit Sowjetrußland und die grundsätzliche Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung an Deutschland in der Genfer Vereinbarung. In den dreizehn Jahren ihres Bestandes war doch die polnische Republik darauf eingestrichelt, die beiden benachbarten Großmächte im Osten und im Westen gleichermachen als „Erben“ zu betrachten und zu behandeln. Fernsprechend behand das harte System der polnischen Außenpolitik darin, alles zu tun, um den gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in das Konzert der europäischen Mächte zu verhindern, und sich, geküßt auf das französische Bündnis, als das europäische Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus für die übrige Welt unentbehrlich zu machen. Diese Methode hat sich lange Zeit bewährt und dazu geführt, daß Polen trotz aller Schwächen gegen seine Widerserben, die es dauernd auf die Genfer Anleihebank brachte, im Rat der Völker vertritt und vertritt wurde. Und damit soll es nun auf einmal sein! Denn der Pakt mit Moskau paßt durchaus nicht in den Rahmen dieser Politik; mit welchem Nachdruck er den Polen von Paris aus aufzuzwingen werden mußte, zeigt der Austritt des Außenministers Jaleski, der gegen die Annäherung an Rußland opponierte, weil er darin nicht nur die Verleugung seiner bisherigen politischen Linie, sondern auch die Preisgabe der gemeinsamen französisch-polnischen Interessen im Osten sah. Sein Nachfolger hat nachgegeben, aber die innigen Beziehungen zwischen Paris und Warschau haben sich keinem merklich abgekühlt. Die französischen Geldquellen sind versiegt, und über den Wert des Militärbündnisses mit Frankreich im Falle eines Konfliktes mit der Sowjetunion stellt die polnische Presse trübselige Betrachtungen an.

Witten hinein in diese Krise plakte die Nachricht von der Genfer Vereinbarung über die Gleichberechtigungsformel, die utopisch so großes Aufsehen und so heftigen Widerstand hervorrief, wie in Warschau. „Die der deutschen Anleihe!“ — „Der deutsche Militärgedanke marschiert!“ — „Deutschlands Militarismus hat eine Schlacht gewonnen!“ Mit solchen Ueberschriften erläuterten die polnischen Blätter die Genfer Formel, die von praktischer Gleichberechtigung ja noch weit entfernt ist. Aber schon die Möglichkeit, daß Deutschland über kurz oder lang seiner militärischen Pakteln entledigt und in jeder Hinsicht gleichberechtigt neben Polen stehen könnte, dünkt den Warschauer Politikern, die bisher nur von der Unterdrückung Weichseleser gelebt haben, als „Annis Poloniae“. Und was die französischen Bundesgenossen betrifft, so fühlten sie sich von ihnen einfach verraten und verkauft. Aus diesem Gefühl des Verlassenseins erklären sich die Reaktionen zur Verleibhandlung der polnischen Außenpolitik, die in einer Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente und in neuen Vorstößen in der Widerheitenfrage zutage treten. Der leitende Gedanke dieser in allen Punkten gegen Deutschland gerichteten Offensive geht dahin, den angeblich geklünten Wert der französischen Waffensätze durch entsprechende Abmachungen mit der Tschechoslowakei zu erheben und womöglich mit Hilfe der großen und Kleinen Ententegegnen das

Neuer Rekord des „fliegenden Hamburgers“

Hamburg, 29. Dez. Der „fliegende Hamburger“, der seine heutige Fahrt mit einer ganzen Reihe bekannter Persönlichkeiten als Fahrgäste unternahm, brauchte für die Strecke Berlin-Hamburg nur 138 Minuten gegenüber 142 Minuten auf seinen früheren Probefahrten. Unter den Fahrteilnehmern befanden sich u. a. Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten, Staatssekretär Flaud als Vertreter der Reichsregierung, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Forstner, ferner mehrere höhere Beamte des Reichsverkehrsministeriums, Professoren der Universitäten und technischen Hochschulen usw.

Waldmann des Reichskanzlers an Generalleutnant A. D. Oeller

Generalleutnant A. D. Oeller, Reichskanzler u. Schlichter hat auch in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister an Generalleutnant A. D. Oeller zum 70. Geburtstag ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm gerichtet.

Karl Lindström 4. Am Donnerstag früh verstarb nach kurzem Krankenlager der Gründer der Karl-Lindström-W.-Karl Lindström, in Berlin. Er hat ein Alter von 88 Jahren erreicht.

Heute: Der **D.N.**-Krafftahret Seite 9 und 10